

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 367 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und District monatlich 1 Mk. 1.50, für den Rest des Landes 1.40, für den Ausland 2.00. Postabnahme halbjährlich 8.00, vierteljährlich 4.50 außer Postgeb. Morgen-Ausgabe

Verlagsort: Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Centrale 7801, Geschäftsstelle Halle-Saale: Postfach 1466. — Postadressen: Leipzig 30512. Mittwoch, 30. Juli

Anzeigenpreis: Die Zepp. 20 mm breit (mit Randlinie 20 u. 4). Die Zepp. 30 mm breit (mit Randlinie 20 u. 4). Einmalige Anzeigen 10.00, wochentlich 25.00, monatlich 80.00, vierteljährlich 280.00, halbjährlich 560.00, jährlich 1120.00. Allgemeine Anzeigen 10.00, wochentlich 25.00, monatlich 80.00, vierteljährlich 280.00, halbjährlich 560.00, jährlich 1120.00. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurier Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag: Dr. und Br. von Otto Diehle, Halle-Saale

### Neueste Tagesnachrichten

\* Die Weimarer Verfassung ist in die dritte Lesung gekommen. Vorher gab es in der Nationalversammlung wieder eine Ueberprüfung: die Deutsche Volkspartei konnte Herrn Erberger als Annerkennung von reinstem Wasser entzaren.

\* Ein Pariser Blatt weiß zu melden, daß die Auslieferungsgespräche um den Kaiser begonnen haben.

\* In Wien-Krustadt haben die Sozialdemokraten ihren Mann über die von ihnen einst so heiß ersehnte Pressefreiheit in den bürgerlichen Zeitungsredaktionen besetzt ausgelesen, daß die Wähler vorläufig nicht erscheinen können.

\* Die Streiks in Portugal nehmen deutschen Charakter an. Es kam zu Neueinstellungen und die Volkswirtschaft geht nach Stillstand.

\* Amerika denkt nicht daran, auf eine Revision des Friedensvertrages hinzuwirken. Nur die Schanzfrage soll noch einmal geprüft werden. — Auch die belgischen Arbeiter wollen für den Frieden stimmen.

\* Die ungarische Käteregierung trat ihren Willtag nach Wien an, um die Entente um Verhandlungen zu bitten. Den deutschen Kommunisten dürfte das eine kalte Dusche sein.

### Hindenburgs Glaube an Deutschland

Eine Unterredung über den Krieg  
(Eigene Drahtmeldung der S. S.)  
Krotterdam, 29. Juli.

Die „Times“ melden aus New-York, daß ein Interview, welches Lord B. Biegan in Hannover mit Hindenburg hatte, in der „New-York Sun“ veröffentlicht wurde. Hindenburg sagte:

„Wenn der Wunsch der Allierten, den Kaiser, die Generalführer und andere Offiziere vor einem aus Alliierten bestehenden Gerichtshof zu fassen, zur Ausführung kommt, wäre das nicht allein eine Verletzung der Souveränität und der Grundzüge des Völkerrechts, sondern es kämen auch wieder die alten römischen Grundzüge zu Ehren, wonach die patriotische Pflichten und Verteidigung des Landes für den Besiegten als Verbrechen eingestuft wird. Lloyd George,“ so sagte Hindenburg, „denkt wie die alten römischen Kaiser, aber ich kann nicht glauben, daß Hoch und Verhängnis, die ich respektiere, mit diesem eigenartigen Prozeß einverstanden sein würden. Als Soldat zum Soldaten habe ich an Hoch ein Schreiben gerichtet. Er hat sich aber bisher nicht veranlaßt gesehen, mir den Empfang zu bestätigen. Unser Kaiser hat den Krieg nicht gewollt. Er ist und bleibt mein Kaiser.“

Als Biegan das Gespräch auf die Verwüstungen bei Hindenburgs Rückzug brachte und auf die Erklärung von St. Quentin, sagte Hindenburg:

„Diese Verwüstungen waren eine bedauerliche militärische Notwendigkeit.“ Als die Frage auf die Wiedergeburt allerer Soldaten kam, erklärte Hindenburg, daß man auch die deutschen Kriegsgefangenen in unmittelbarer Weise mitschadelt hätte und daß darüber Untersuchungen eingeleitet würden. Aber Amerikas Verhalten am Krieg sagte Hindenburg: „Was für Land geklärt hat, ist ungeheuer. Es ist eine ungeheure Kraftentfaltung, ein solches Meer aus dem Boden zu stampfen.“ Als Hindenburg sagte: „Für Amerikaner verdet Gelegenheit haben, zu zeigen, was für große Friedensengel sie sind“, antwortete Biegan: „Glauben Sie nicht, daß dies der letzte Krieg ist?“ Hindenburg meinte, daß nur Trümmer dies glauben könnten. So lange die Menschheit besteht, wird Krieg geführt werden, denn kein einiges Volk wird jemals Fragen nationaler Ehre und nationaler Ehre in einem Tribunal aus anderen Völkern unterwerfen, ohne einen Beweis seiner Kraft gegeben zu haben. Hindenburg erklärte weiter, übereinstimmend zu sein, daß Deutschland wieder auf die Höhe kommen werde, weil Deutschland den romantischen und literarischen Völkern gegenüber eine Mission zu erfüllen habe. Biegan sagte zum Schluß, Hindenburg habe einen guten Eindruck auf ihn gemacht, aber der alte Feldmarschall sei sehr niedergeschlagen. Er trennte sich davon, und hind daran noch schärfer aus als in Uniform. Hindenburg füllte sich zwar physisch kräftig, sei aber innerlich ein gebrochener Mann, wie das nach den Ereignissen nicht anders zu erwarten sei.

### Ludendorff, Hinzke und „Frankfurter Zeitung“

(Der Generalquartiermeister gegen Legendenbildungen)

Vor einiger Zeit ist die „Frankfurter Zeitung“ auf einem seit der Revolution nicht mehr ungewöhnlichen Wege in den Besitz einer geheimen Denkschrift gekommen, die der Staatssekretär A. v. Sinke nach dem Zusammenbruch für die Revolutionsregierung angefertigt hat. In einem langen Artikel polemisiert sie auf Grund dieser Denkschrift, entsprechend ihrer Tradition, mit aller nur erdenklichen Zurückhaltung und tendenziösen Entstellung gegen die Oberste Seeresleitung, wobei es bedauerlicherweise an einzelnen Stellen nicht ganz deutlich wird, ob die dabei entwidmete Polemik auf ihr eigenes oder auf Herrn von Sinke's Konto zu schreiben ist. Da die „Frankfurter Zeitung“ von jeder einen besonderen Beruf zur Geschichtsfürsorge vertribt hat, so ist es zweckmäßig, den von ihr behaupteten die wahren Tatsachen entgegenzustellen, und wir tun das im Nachstehenden auf Grund von Informationen, die der General Ludendorff an uns zur Verfügung gestellt hat.

Es handelt sich für die „Frankf. Ztg.“ zunächst darum, die damalige Regierung und den Staatssekretär des Auswärtigen im besonderen herauszuputzen gegenüber dem vom Obersten v. Bauer in seiner bekannten Broschüre „Zum Urnau des Verbandsfriedens“ ergebnen Vorwurf, die

bei haben der Generalfeldmarschall und er die Kriegslage in einer Weise geschickt — der verhängnisvolle 8. August war dafür in entscheidendem Umfang maßgebend —, daß Herr von Sinke den richtigen Schritt zog, die politische und militärische Lage vorzuziehen gezogen werden. Diefem Urteil sei allezeit zugestimmt mit worden, damit sei die Grundlage für die Besprechung am 14. in Gegenwart des Kaisers gegeben gewesen. In dieser Besprechung selbst äußerten sich zunächst der Reichskanzler und General Ludendorff über die inneren Verhältnisse. Herr von Sinke sprach nicht über diese, sondern auf Grund der Angaben der Obersten Seeresleitung in gleicher Weise wie am Vortage über die Kriegslage, und kam zu demselben Schluß, dem am Tage vorher alle zugestimmt hatten. Da der Kaiser sich der Besprechung auf Grund der ihm bei den früheren Vorträgen der Obersten Seeresleitung gemeldeten Vorläufe anständig, wurde daraufhin nur noch der Vermittlungsmeg beschlossen, und der Kaiser ermaß, die

**Vermittlung der Königin von Holland** anzurufen. Es sei hier gleich vorgegenommen, daß von seiten des Herrn von Sinke zur Herbeiführung der holländischen Vermittlung tatsächlich keine Schritte geschehen sind.

Einen besonderen Trampf glaubt die „Frankf. Ztg.“ damit anzuspielen, daß sie ein Langes und Breites über die trampfhaften Bemühungen berichtet, die Herr v. Bauer unternommen habe, insbesondere bezüglich der belgischen Frage. Ludendorff von seiner Verleumdung zu befreien.“ Sie berichtet, Bauer habe dem Kaiser erst mit seinem Bericht vorgelegen müssen, ehe die Oberste Seeresleitung sich zu einem Nachgeben entschloß. Selbst nachdem diese erfolgt sei, habe der schwache Kaiser seine Erklärung über Belgien im Hauptausführungsbescheid des Reichstages zu veröffentlichen, daß ein unmittelbarer Erfolg nach außen hin ausbleiben mußte. Wegen dieser genialen Erfindung hat sich die „Frankf. Ztg.“ bereits eine allerdings sehr schöne Nichtigkeitstellung des Herrn von Bauer selbst ausgesogen. Ludendorff stellt auf der Anglegenheit fest, daß der Vizekanzler Feinerlei Schwereigkeiten fand, daß der General ihm neue Fakten vorlegen konnte, die Ludendorff es sei nicht notwendig, den Gedanken deutlich zu verdeutlichen. Vielleicht aber äußerten sich die Herren von Radomick, Rittermeier, Graf von Gertling, Graf v. Limburg-Styrum und General von Winterfeld auf diesen Dingen.

Am übrigen ist gerade zu diesem Punkte der Sintweis möglich, den wir aus eigener Kenntnis der Dinge machen können, daß Graf Gertling wiederholt ostentativ seine billige Selbständigkeit in der Führung der Politik geltend machte, so zum Beispiel in ganz besonders auffälliger Weise bei den Friedensverhandlungen mit Rußland, wo er Vereinbarungen, die mit der Obersten Seeresleitung über das dort umzusetzende getroffen waren, einfach ignorierte. Auch die

**Solgen des bulgarischen Zusammenbruchs** will man der Obersten Seeresleitung aufziehen; Herr von Sinke macht nach der Behauptung der „Frankfurter Zeitung“ darüber interessante Mitteilungen, aus denen klar ersichtlich ist, wie leitend die militärische Leitung alle entscheidend erteilten Warnungen des auswärtigen Amtes in den Wind geschlagen hat. Demgegenüber stellt General Ludendorff fest, daß die Verhältnisse in Bulgarien auch von der D. S. mit großen Sorgen angefehen worden seien. Leider habe das Auswärtige Amt trotz ihrer dringenden Vorstellungen den Vertreter der Vereinigten Staaten in Sofia gehalten, ebenso wie es gegen den Rat der D. S. Herr v. Soffe nach Berlin kommen ließ. Es ist bekannt, welche Rolle der amerikanische Einfluß, vor allem Dingen das amerikanische Geld und die geschickte Ausnutzung wirtschaftlicher Momente durch den amerikanischen Geschäftsträger für den Stimmungsumschwung in Bulgarien gespielt haben. Das sind Verdienste, die das Auswärtige Amt voll und ganz für sich in Anspruch nehmen darf.

### Anbahnung von Friedensverhandlungen

sei vom Auswärtigen Amt von Mitte August bis Anfang Oktober verhindert worden. Es ist nicht zu dem Ende zunächst eine Darstellung Hinzke über Ludendorff's letztes Interview mit dem militärischen Lage Mitte Juli. Hinzke behauptet, er habe Ludendorff die förmlich und bestimmt gestellte Frage vorgelegt, ob er sicher sei, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig zu besiegen. Darauf habe Ludendorff geantwortet: „Darauf antwortete ich mit einem bestimmten „Ja“. Demgegenüber stellt Ludendorff fest, daß seine Aeußerung dahin gelaute habe: er hoffe den Feind durch weitere Angriffe friedenswillig zu machen. Ferner eine bestimmte Voraussetzung in tatsächlichen Fragen zu tun, habe er sich stets bemüht, die ihm bestmögliche Charakter des Krieges nur zu gut bekannt gewesen sei.

Die „Frankfurter Zeitung“ spricht dann am Rand der Aeußerungen Hinzke in seiner Denkschrift wiederholt von „Kriegszielen der Obersten Seeresleitung“, um deren Abbau Hinzke sich bemühen müssen, und die, als eine Verengung von Belangen und Wolsens und Annexionen von Kriegszugang fordernd, einen Verbandsfriedens ausgeschlossen hätten. Sinke selbst behauptet in seiner Denkschrift, die Oberste Seeresleitung sei in einem

**Kronrat vom 14. August**

auf den weiter unten noch eingegangen werden wird — eine Winderung der bis dahin aufgestellten Kriegsziele noch nicht zu haben gewesen. Die ihm erteilte Ermächtigung zur Friedensschritten sei durch dieses Selbsthalten an den Kriegszielen, die für den Fall „Sieg“ aufgestellt worden, beschränkt gewesen, was er indessen allmählich zu beheben hoffe. Zu der bequemen Uebung, die Oberste Seeresleitung schließlich ganz generell für die ganze Kriegszielfrage verantwortlich zu machen, stellt General Ludendorff fest: Kriegsziele wurden überhaupt nicht von der Obersten Seeresleitung festgelegt, sondern im Benehmen zwischen Reichskanzler und Oberster Seeresleitung besprochen. Der Reichskanzler war der eigentliche Verantwortliche für die Politik. Er führte sie, und nicht Herr von Sinke. Mit letzterem sind wesentliche Kriegsziele von der Obersten Seeresleitung nie anders als in allgemeiner Fassung und nie ins Einzelgehende besprochen worden. Was insbesondere die Behandlung der Kriegsziele Mitte August betrifft, so wurden in den Verhandlungen vom 12., 13. und 14. August Kriegsziele nur allgemein berührt. Jeder war sich klar, daß die für einen siegreichen Krieg gedachten Ziele nicht aufrechterhalten werden konnten. Das sagt allein der gesunde Menschenverstand, es sei deshalb irreführend, wenn Herr von Sinke von einer Beschränkung seiner Ermächtigung zur Friedensschritten durch das Selbsthalten an den Kriegszielen spricht.

In seinem Bericht über die Besprechung vom 14. August, die er irrtümlich als Kronrat bezeichnet, stellt Herr von Sinke es so dar, als ob er trotz der günstigen Auffassung Ludendorff's und mehr nach Hindenburgs von der militärischen Lage auf Grund seiner Darlegungen über die politische Situation die Erteilung der Ermächtigung zur Einleitung von Friedensschritten mit diplomatischen Mitteln durchgeführt. Auch diese Darstellung lehnt Ludendorff ab und stellt fest, daß die entscheidende Besprechung bereits am 13. zwischen dem Reichskanzler, Herrn von Sinke, Hindenburg und ihm stattgefunden habe. Da-





